

Restriktionen der EU

Es sei unwahrscheinlich, dass die Europäische Union ihre Burma-Politik ändert. Die EU würde jedoch jeden Fortschritt begrüßen, den Thailand durch bessere Beziehungen mit der Junta eventuell erreichen könnte, so der spanische Botschafter.

Botschafter Jose Eugenio Salarich, dessen Land am 1. Januar 2002 die EUPräsidentschaft übernommen hat, sagte, dass die strengen Regeln der EU und ein Ausbleiben von politischen Verbesserungen in Burma eine Veränderung der EU Politik gegenüber Burma nicht gerade fördern würden. In einem Interview mit der Bangkok Post fügte er jedoch hinzu, dass alles, was »gefördert durch Bangkok — durch besondere Kooperation oder besonderen Input — die Situation in Myanmar verbessern würde ... selbstverständlich unterstützt würde.« Die Form dieser Unterstützung würde davon abhängen, was die thailändi-

sche und die burmesische Regierung wollten, und natürlich von der Machbarkeit, fügte er hinzu.

Die Thai-burmesischen Kontakte haben sich verbessert, seit der thailändische Premierminister Thaksin Shinawatra im Juni 2001 Rangun besucht hat, ein Schritt, den sein Vorgänger Chuan Leekpai nie getan hat.

Der Botschafter sagte, dass die »politischen Bedingungen«, die die EU von Rangun forderten, die Anerkennung der Ergebnisse der Wahl 1990, die Entlassung der Pro-Demokratie Führerin Aung San Suu Kyi aus dem Hausarrest und die Freilassung aller politischen Gefangenen umfassten. Außerdem dränge man auf ein Ende der Zwangsarbeit in Burma.

Die gemeinsame Position der EU gegenüber Burma, die im vergangenen Oktober überprüft wurde, fordert eine Weiterführung des Waffenembargos, eine Beendigung bilat-

eraler Hilfe außer rein humanitärer Hilfe und Reisebeschränkungen der Mitglieder des Ranguner Regimes. Es bietet aber auch Anreize, wie Hilfe im Kampf gegen HIV/Aids, und das Versprechen, den burmesischen Außenminister zum ASEAN-EU Treffen in Europa im Jahr 2002 einzuladen.

Der Botschafter dämpfte jedoch auch Erwartungen, dass Spanien dramatische Veränderungen in dem gesetzlich verbindlichen Dokument veranlassen könne, das im April 2002 zum nächsten Mal überprüft wird.

Obwohl Spanien zu diesem Zeitpunkt keine Vorhersagen machen könne, habe sich die Situation in Burma in den letzten Jahren nicht genügend verbessert, um die Politik der EU zu ändern. Die EU und Thailand, sagte der Botschafter, hätten das gleiche Interesse an einer stabilen Situation in Burma, wo die Menschen in Frieden leben und arbeiten

nachrichten

können, und wo es nicht mehr länger politische Flüchtlinge gibt. Obwohl er zustimmte, dass die Anwesenheit von 100.000 burmesischen Flüchtlingen in Thailand ein enormes politisches Problem darstellten, sagte der Botschafter, dass die EU trotzdem fortfahren würde, die finanzielle Unterstützung auszubauen, um die Bedingungen in den Lagern in Thailand zu verbessern statt die Flüchtlinge wieder umzusiedeln.

vgl. BP, 23.1.2002

FKK-Anlage

Vikrom Isuri, ein thailändischer Senator, hat auf der St. Luke-Insel im südlichen Burma eine Konzession für ein Urlaubsanlage mit 45-jähriger Laufzeit erhalten. Zum Zweck der Anlage ließ er verlauten: »Alle Gäste müssen nackt sein«. Es wäre die erste FKK-Anlage in Asien. Sie soll europäische Gäste anziehen, die es lieben, sich im Urlaub auszuziehen. Wenig später relativierte der Senator die Aussage seines Sprechers mit dem Hinweis, der Nacktzwang sei nur ein Spaß gewesen. Es werde den Gästen nicht verboten sein, sich nackt zu zeigen, es werde aber auch nicht gefordert.

Vikrom unterhält schon ein Kasino auf einer anderen Insel in der Nähe der thailändischen Grenzstadt Ranong. Er hat jüngst eine Fluggesellschaft mit Namen Phuket Air gegründet, die Gäste von Bangkok dorthin befördert. Von Ranong aus geht es mit dem Boot weiter. Er bemüht sich um eine Genehmigung der burmesischen Behörden für Direktflüge in seine neuen Urlaubsparadiese.

vgl. AFP 7.12.01; Nation 7.12. und 14.12.01

Wechsel bei führenden Militärs

Im November 2001 begannen die größten Veränderungen innerhalb der militärischen Führung Burmas seit November 1997. Damals wurden zusammen mit der Umbenennung der Militärjunta von Staatsrat zur Wiederherstellung von Gesetz und Ordnung (SLORC) in Staatsrat für Frieden und Entwicklung (SPDC) von den obersten vier Posten abgesehen alle Mitglieder des Staatsrates ausgewechselt und die meisten der Kommandoposten im Land neu besetzt.

Am 8.11.2001 wurden zwei Generäle und Mitglieder des SPDC ohne Angabe von Gründen entlassen und angeblich in Handschellen abgeführt und danach unter Hausarrest gestellt. Es handelte sich um den bisherigen Dritten Sekretär des SPDC, Generalleutnant Win Myint und um einen der stellvertretenden Ministerpräsidenten, Generalleutnant Tin Hla. Beide waren in führenden Positionen für die Wirtschaft des Landes zuständig und galten schon länger als korrupt.

Einen Tag später verloren zwei weitere stellvertretende Ministerpräsidenten und drei Minister ihre Ämter. Mitte November wurde bekannt gegeben, dass die Posten des Dritten und auch des Zweiten Sekretärs — der Inhaber dieses Postens war im Februar bei einem Hubschrauberabsturz ums Leben gekommen — des SPDC nicht neu besetzt werden sollen. Gleichzeitig wurde mitgeteilt, dass zehn regionale Kommandeure (von insgesamt zwölf) nach Rangun zurückberufen worden seien, um »junges Blut« ins Verteidigungsministerium zu bringen. Ihre Posten wurden im Dezember wieder besetzt.

Vier der Zurückberufenen erhielten neue Posten im Büro für Besondere Aufgaben (BSO) im Verteidigungsministerium. Sie sind nun für die militärischen, aber auch die politischen, wirtschaftlichen und sozialen Belange der vier großen Regionen Burmas zuständig. Mit dieser Neuordnung wird das BSO in Zukunft kollektiv geleitet. Bis zum Februar

stand der bisherige Zweite Sekretär des SPDC an der Spitze der Einrichtung.

Nach diesen Änderungen besteht die Führung des SPDC nun aus einer Troika aus den Generälen Than Shwe (Vorsitzender des SPDC), Maung Aye (Kommandeur der Armee) Khin Nyunt (Erster und jetzt einziger Sekretär sowie Chef des Geheimdienstes). Dadurch werden Entscheidungsprozesse der Militär- und Staatsführung einfacher. Diese Tendenz wird dadurch unterstrichen, dass die bisher einflussreichen regionalen Kommandeure ersetzt wurden.

Es wird allgemein angenommen, dass die Veränderungen die Position von Khin Nyunt stärken. Khin Nyunt gilt — wie Than Shwe — als moderater Vertreter einer Linie, die einen Ausgleich mit Aung San Suu Kyi und der von ihr repräsentierten Opposition gegen das Regime sucht.

vgl. DVB 17.11.01; NCGUB Newdesk 26.11.01; Burma Courier 15.12.01; AP 19.12.01;

nachrichten

Diskussion über regionale Kooperation

Eine wachsende Zusammenarbeit zwischen China, Indien, Bangladesch und Burma — eine potenzielle Freihandelszone eingeschlossen — könnte die regionalen Wirtschaft fördern, so Experten zu Beginn einer Konferenz. »Ohne regionale Kooperation können wir unsere Bevölkerung nicht entwickeln und unsere Ziele erreichen«, so der Außenminister Bangladeschs Morshed Khan. Experten sagten, dass wachsender Handel zwischen den vier Nationen Millionen US-Dollar neuer Investitionen mit sich bringen könnte. Shao Qiwei, Vize Gouverneur von Chinas südwestlicher Provinz Yunnan, meinte, dass die Länder die Zusammenarbeit fördern und sogar eine Freihandelszone bilden sollten.

Burmas Chef des Grenzhandels, Nay Win, sagte, eine derartige Zone könnte sogar um weitere Länder erweitert werden. Das Treffen der Experten der vier Länder ist das dritte seiner Art, nach 1999 in China und 2000 in Indien.

Debbapriya Bhattachary, Direktor des Zentrums für politischen Dialog, ein Think Tank, der zu der Konferenz eingeladen hat, betonte, dass die Region, in der sich die vier Länder treffen — lange geplagt von Gewalt und Drogenhandel — sehr reich an Bodenschätzen sei. Er sagte, die vier Länder könnten die Zusammenarbeit beim Transport, der Infrastruktur, des Tourismus und in anderen Gebieten ausweiten.

vgl. Agence France Press, 6.2.02

Resolution zum Tag der Unabhängigkeit

Der National League for Democracy (NLD) hat die folgende Resolution aus Anlass des 54. Jahrestages der Unabhängigkeit Burmas am 4.1.2002 veröffentlicht.

1. Weil »Zeit und Gezeiten auf keinen Menschen warten« und weil der Satz »einmal Freund oder Feind, immer Freund oder Feind« auf die Politik nicht zutrifft, werden sich die National League for Democracy [NLD] und der State Peace and Development Council [SPDC] in diesem Jahr, beginnend mit dem Unabhängigkeitstag, bemühen, einen wahren und bedeutungsvollen Dialog mit neuen und frischen Ideen zu erreichen, und das zügig und in aller Rechtschaffenheit.
2. Die NLD und der SPDC können gemeinsam die vielen Probleme lösen, denen das Land heute gegenüber steht.
3. Für alle Bürger — einschließlich aller Nationalitäten und aller politischen Parteien — besteht die Notwendigkeit, sich gemeinsam und einig im Einklang daran zu beteiligen, die vielfachen politischen, ökonomischen

und sozialen Probleme des Landes zu entwirren.

4. Der seit einer beträchtlichen Anzahl von Jahren bestehende Wunsch der Massen (einschließlich der ethnischen Nationalitäten und Völker) nach einer authentischen, unverdorbenen demokratischen Union Burmas muss schnell verwirklicht werden.
5. Von diesem besonderen Unabhängigkeitstag an sollte allen politischen Parteien die Erlaubnis gegeben werden, ihre politischen Aktivitäten in einem neuen und erleuchteten Geist zu organisieren, zu publizieren und unter Volk zu bringen.
6. Daw Aung San Suu Kyi, Generalsekretärin der NLD, ist unverzüglich aus dem Hausarrest zu entlassen.
7. Alle politischen Gefangenen (einschließlich der gewählten Parlamentsabgeordneten) sind bedingungslos und sofort zu entlassen.

Dies ist eine Resolution, gegeben an diesem glückverheißenden Unabhängigkeitstag, dem 4. Januar 2002.

vgl. BurmaNet News 9.1.02

Olympische Winterspiele

Burma gehört nicht zu den 77 Ländern, die an den diesjährigen Winterspielen in Salt Lake City teilgenommen haben. Trotzdem ist das Land auch hier dabei — vielleicht. Der Internationale Bund Freier Gewerkschaften (ICFTU) beschuldigt die renommierte Firma Marker (bekannt durch die von ihr entwickelten Skibindungen), als Sponsor Anzüge für die Olympischen Spiele bereit zu stellen, die in Burma hergestellt wurden. Besonders schlimm: es handelt sich um die Anzüge der Fackelträger, die die olympische Feuer in die Hauptstadt des Mormonenstaates Utah getragen ha-

ben. Die Flamme der Hoffnung und das Regime der Unterdrückung passen nicht zusammen, so der Generalsekretär des ICFTU an das Internationale Olympische Komitee (IOC).

Der Bund nennt drei weitere offizielle Sponsoren bzw. Partner der Spiele, Lucent Technologies, Chevron Texaco und Samsung, die sich in Burma wirtschaftlich engagieren. Es ist bisher nicht bekannt, welche Antwort das IOC auf den Protest gegeben hat.

vgl.: BurmaNet 7.2.02

Weiter warten auf den Durchbruch

Der Sonderbotschafter der Vereinten Nationen für Burma, Razali Ismail, stattete dem Land vom 28.11.-3.12.2001 seinen sechsten Besuch seit Aufnahme seiner Tätigkeit im April 2000 ab. Er sprach lange mit Aung San Suu Kyi und anderen Vertretern der NLD, mit der Führung des Militärs und Vertretern der ethnischen Nationalitäten Burmas. Razali und einige seiner Gesprächspartner äußerten sich nach den Gesprächen erfreut und optimistisch, dass der von Razali vermittelte Dialog zwischen den Konfliktparteien bald über das Stadium der vertrauensbildenden Maßnahmen hinausgehen und in das Ausarbeiten eines politischen Programms einmünden würde. Die Hoffnung allerdings, dass Aung San Suu Kyi am 54. Jahrestag der Unabhängigkeit Burmas, dem 4.1.2002, als Zeichen für solch einen Durchbruch aus dem Hausarrest entlassen werden würde, erfüllten sich nicht.

Ende Januar wurde verlautbart, dass es am 22. Januar ein erstes Treffen zwischen Aung San Suu Kyi und General Than Shwe gegeben habe. Dieser Bericht wurde von einem Sprecher des Militärs dementiert. Die Hoffnungen auf einen baldigen Durchbruch wurden weiter durch die Nachricht gedämpft, dass Razali Ismail nicht, wie geplant, Anfang Februar, sondern erst im März zu einem nächsten Besuch in Burma eintreffen werde. Auf der anderen Seite äußerte der Sprecher der NLD, U. Lwin, in einem Interview mit der in Norwegen befindlichen Radiostation »Democratic Voice of Burma« die Überzeugung, dass der Dialog bald in konkrete Verhandlungen über politische Sachverhalte übergehen werde.

vgl. BP 5.12.01; DVB, 4.1.02; BP, 1.2.02; DVB 30. und 31.1.02